

*Ian Taylor: Law and Order – Arguments for Socialism.
London and Basingstoke, Macmillan Press 1981, 234 S.*

Taylor's Buch stellt eine Auseinandersetzung mit der aktuellen und historischen Situation im eigenen Land dar. Es ist aber ebenso als (konstruktive) Kritik an der „linken“ Kriminologie insgesamt zu verstehen, deren eindeutiges Versäumnis es war und ist, sich mit der Law and Order Politik der Rechten unter dem Aspekt kriminalpolitisch praktikabler Alternativen auseinanderzusetzen. Taylor unterteilt seine Arbeit in vier große Bereiche: 1. Die Realität der konservativ rechten (right-wing) Kriminologie; 2. Das Versagen des „Neuen Jerusalem“: Nachkriegs-„Sozialdemokratie“ und soziale Ordnung; 3. Die Rekonstruktion sozialistischer Sozialpolitik sowie 4. Rekonstruktion sozialistischer Kriminologie. Erfreulich ist hierbei, daß er nahezu zwei Drittel des Buchs zur Entwicklung und Begründung linker sozial- und kriminalpolitischer Alternativen verwendet. Hierdurch dürfte ein Großteil der Kritik an der „New Criminology“ von Taylor/Walton/Young gegenstandslos geworden sein. Die Frage nach diesen neuen, eigenen Ideen beantwortet Taylor (zumindest für seine Person und die Jock Youngs, der ähnliche Standpunkte vertritt) explizit. Daß dieses Buch Teil einer wesentlich umfangreicheren Arbeit ist, ist aus dem großflächigen Analyseraster zu erkennen. Neben den sich aus dem Mitteilungs- und Verwertungszusammenhang des Buches ergebenden aktuellen Bezügen widmet sich Taylor der Gefangenbewegung, Grundsatzfragen der Frauenbewegung und der gesellschaftlichen Institution Familie sowie der wohl machtlosesten Gruppe der Gesellschaft: der Jugend.

Aber wer kennt nicht das aversive Gefühl, das einen manchmal bereits beim Lesen eines Buchtitels erfaßt. Ian Taylor setzt in seinem Buch alles daran, diese Aversion zu vertiefen. Wenn es noch unbestritten ist, daß die bürgerlich-kriminologische Linke, allzulange auf dem Podest kritischer Genialität hockend, die „realen“ Probleme der Arbeiterklasse verkannt hat, so erschlägt es den prinzipiell die Prämissen radikaler Kriminologie teilender Leser bereits auf den ersten Seiten des Buches. Taylor weicht von einer konsequent historisch-materialistischen Analyse auf eine Ebene der politischen Aktualität aus und reduziert die politische (und ökonomische) Unterdrückung der lohnabhängigen

Arbeiterklasse auf konservative Regierungspolitik des „Thatcherism“. Bereits sein ausschließlicher Bezug auf das britische Festland und der Hinweis auf die dort seit 1981 zunehmende Brutalität staatlicher Reaktionen (S. IX) ist irreführend. Immerhin waren es „Labour“-truppen, -gummigeschosse und tote irische (englische) Arbeiter (-kinder), die es lange vor dem Wahlsieg der Konservativen (1975) in Londonderry und Belfast gab.

Zu Recht setzt er sich mit den „realen“ Ängsten der Arbeiterklasse auseinander. Abgesehen davon, daß Ängste für die davon Betroffenen immer „real“ sind, fehlt bei Taylor eine umfassende Analyse der spezifischen Regeln, nach denen diese Ängste produziert werden. Im Vergleich zur Chance, durch Straßenverkehrs- und Haushaltsunfälle oder durch die moderne Experimentalchirurgie und kapitalistische Produktionsweisen einen „realen“ Tod zu erleiden, kann man sich vor Straßenkriminalität relativ sicher fühlen. Daß die „offizielle Kenntnisnahme von Gefahr und die Notwendigkeit von deren Beseitigung und Kontrolle auf besondere, reale Probleme der (Arbeiter-)Klasse“ eine Antwort zu sein scheint, ist eine theoretische Prämisse aller „linken Realisten“ (vgl. Platt in KrimJ 2/84). Daß dies nichts mit dem Tenor der Massenmedien oder der Vertreter konservativer Kriminalpolitik zu tun hat, erfährt der Leser auf Seite 23 (warum nicht früher?), indem die „offizielle Rechte immer den spezifischen sozialen Kontext jeder Art von Kriminalität verschweigt“. Diese Erkenntnis ist ebensowenig neu, wie die Tatsache, daß Täter und Opfer vielfach aus derselben sozialen Schicht stammen (S. 20) und die Lösung individueller Konflikte (mit sozialem Hintergrund) in den unteren Schichten sehr oft mittels physischer Gewalt geschieht (S. 19). Was soll's also?

Neu ist sicher sein sozialreformerischer Ansatz sozialistischer Provenienz, basierend auf der Grundannahme einer prinzipiellen Reformierbarkeit kapitalistischer Systeme und deren staatlicher Zwangsinstitutionen. Indem er postuliert, daß Polizei, Gericht und Strafanstalten nicht abzuschaffen, sondern in Interessenvertretungen der Arbeiterklasse umzufunktionieren seien und deren Kontrolle zu unterliegen haben (S. 204), begibt er sich auf eine ideologische Sandkasten-ebene. Der nächste Re(a)gen kommt bestimmt und wird seine mühsamen Konstrukte (für die er sich auch noch laufend entschuldigt und seine sozialistische Grundposition hervorhebt) wieder in ihre ursprüngliche Form zerfallen lassen. Wie solch demokratischer Reformismus beendet wird, dürfte am (hoffentlich!) noch nicht vergessenen chilenischen Beispiel bewiesen sein. Insgesamt fühlt man sich bei Taylor häufig an die These des „langen Marsches durch die Institutionen“ der Studentenbewegung Ende der 60er

Jahre erinnert, wobei mir die „realen“ Ängste vor staatlicher Gewalt (sozialdemokratischer Couleur) viel tiefer verhaftet geblieben sind als Viktimisationsneurosen.

Den wohl größten Coup landet Taylor mit seiner Wohlfahrts- und Rechtsphilosophie. Zunächst erklärt er, daß Wohlfahrt Teil des kapitalistischen Staates sei (sic!), um dann zur „Neu-Linken“ Erkenntnis zu gelangen, daß deren Unterdrückungsmechanismen (S. 93) sich von der politischen Funktion ihrer Betreiber (der Professionellen) trennen lassen. Eine ähnliche Auffassung vertritt er für das Recht und die Rechtsanwendung (S. 180) bei gleichzeitiger Lieferung der ultima ratio, die in der „Demokratisierung von Recht zum praktischen Nutzen der *verschiedenen* (hervorgeh. d. d. Verf.) Interessengruppen, die eine Gesellschaft bilden“, liegt. Progressiv wie man(n) ist, widmet er sich auch der Frauenbewegung und plädiert für die Einführung eines neuen Tatbestandes, den des „Sexual Assaults“ (S. 200). Wenn das die *sozialistische* Lösung sexueller Gewalt sein soll, habe ich Meulenbelt und Benard bisher wohl falsch verstanden. Man (Frau) mag mir das verzeihen. Sein „Ruf nach Demokratisierung“ mittels „Öffnung der staatlichen Institutionen für die Einflüsse und Forderungen organisierter sozialer Interessen, die derzeit zum Staat nur im Verhältnis von Klienten, Arbeitnehmern etc. oder bezogen auf Polizei und Gericht als Beschuldigte stehen“ (S. 205), klingt eindrucksvoll, erinnert aber mehr an kritisch-liberale Forderungen der 60er Jahre als an radikale kriminologische Analysen. Immerhin etwas wird an Taylors Buch verblüffend klar: Es scheint eine „Neue Linke“ zu entstehen, die sich realitätsbezogen konsequent von der Linken marxistischer Orientierung (S. 180) und abolitionistischer Prägung (S. 140) distanziert, womit der Weg zur Liberalität (jetzt unter dem Stichwort „Realismus“ zu suchen) und deren Vertretern geöffnet wird. Taylors Vermutung (S. XVI), daß er von „orthodoxen Marxisten und anderen auf der Linken wegen Idealismus und Reformismus angegriffen werden wird“, zeugt von seiner Feinfühligkeit. Ich will ihm da nicht widersprechen. Die Sympathie, die ihm seitens der Liberalen (vgl. Quensels Besprechung in MschrKrim 1/84) entgegengebracht wird, zeugt allerdings eher von der Feinfühligkeit der „orthodoxen Marxisten und der anderen auf der Linken“.

Insgesamt ist Taylors Buch ein wichtiger Beitrag zur theorie-lastigen Diskussion innerhalb der Linken. Der Frage nach der Umsetzbarkeit kritischer und radikaler Kriminologie können die Befürworter dieser Richtungen auf Dauer nicht ausweichen. Wenn Taylors Beitrag diese Diskussion belebt, hat die Publikation ihren Zweck erfüllt.

Helmut Janssen, Heidelberg